

# Einladung zur Diskussion

Wir laden ein, über folgende Fragen und Themen zu diskutieren:

1. Warum sind die Landesregierung und die Stadt Stuttgart scharf auf „Stuttgart 21“?
2. Warum ist der Staat gegen die Gegner dieses Projekts am 30. September mit Polizeigewalt vorgegangen?
3. Was taugen die Einwände der Gegner von „S 21“?
4. Warum haben Mappus, Schuster und die DB nach dem 30. September auf „Mediation und Schlichtung“ umgeschaltet? Hat die Schlichtung die Republik verändert?
5. Was entscheidet sich in der Landtagswahl?

---

## Thesen zur Diskussion

- Zu 1. Überall in Europa möbeln die Staaten sog. Metropolregionen als Standorte für Kapitalansiedlung auf – in *Konkurrenz gegen* alle anderen. In der wollen Baden-Württemberg und seine Landeshauptstadt weiterhin ganz vorne mitmischen. Maß nehmen sie dabei an anderen Regionen wie Hamburg, Frankfurt und München. Daher wollen sie die Stuttgarter City um das Doppelte erweitern und den Stuttgartern einen neuen Bahnhof der Superlative „schenken“. Die waren mehrheitlich davon gar nicht erbaut. Über deren Ablehnung von „S 21“ sind Landesregierung und Stadtverwaltung hinweggegangen, denn sie wollen *oben bleiben* – in der Tabelle der exportstärksten und „innovativsten“ Regionen der Welt; und dafür soll der Hauptbahnhof *unter* die Erde und *oben* etliches „umgestaltet“ werden. Und die Mehrheit der Stuttgarter? Sie sind als Dienstkräfte für den kapitalistischen Erfolg der Region vorgesehen, haben alle Pläne ihrer von ihnen gewählten Regierung mit ihnen umzusetzen und dürfen sich alle 4 Jahre aussuchen, nach wessen Pfeife sie die nächsten 4 Jahre zu tanzen haben.
- Zu 2. Die Landesregierung behandelt den Protest als Angriff auf das Allerheiligste der demokratischen Herrschaft: Sie ist von der *Mehrheit gewählt*, und damit entsprechen alle Projekte, die sie sich mit Billigung der Mehrheit der gewählten Volksvertreter und der zuständigen Gerichte vornimmt, dem Willen des Volkes. Dieses Verfahren macht alle dadurch zustande gekommenen Ergebnisse sakrosankt. Wer gegen eines dieser Ergebnisse Einwände erhebt, zieht schon damit das demokratische und rechtsstaatliche Verfahren in Zweifel, das es unangreifbar gemacht hat. Die Bürger dürfen zwar damit unzufrieden sein und das auch öffentlich demonstrieren, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sie das rechtmäßig Beschlossene damit nicht behindern. Tun sie das, heiligt die Mehrheit, die die Regierung ins Amt gebracht hat, auch *die Mittel*, rechtsgültige Beschlüsse durchzusetzen – Wasserwerfer – also den Einsatz der *Staatsgewalt gegen* die Bürger – inklusive.
- Zu 3. Offene Diskussion über zentrale Argumente der Gegner von „Stuttgart 21“. Die machen sich leider kaum Gedanken über die Bedeutung des *Gesamtprojekts* (s. These 1), sondern stoßen sich immer nur am *Tiefbahnhof* und dessen Folgen für Stuttgart und Umgebung.
- Zu 4. Der Polizeieinsatz war nicht das Ende der Durchsage. Die Regierung entdeckt im Protest nicht bloß polizeiwidrigen Widerstand, sondern Teile ihrer Wählerbasis. Sie versuchte, sich mit dem über den „Abbruch jeglicher Diskussion“ am 30. 9. empörten Volksteil wieder ins Benehmen zu setzen, um die Wähler, die den staatlichen Umgang mit den S-21-Gegnern missbilligen, wieder für sich zu gewinnen.  
Der Weg dazu: „Mediation“ – eine Schlichtung, bei der die Regierung von vornherein klarstellt, dass die Zurücknahme der Entscheidung nicht drin ist. Es ging ihr also um *Beschwichtigung*.  
Die Technik: Die Schlichtung wurde auf die Bahnhofsfrage konzentriert und alle Themen wurden als zweitrangig behandelt, die über den *Effizienzvergleich* von Durchgangsbahnhof *unten* und Kopfbahnhof *oben* und den damit zusammenhängenden Fragen hinausgehen.  
Eine schöne Bereicherung der politischen Kultur durch ein wunderbares Modell, für künftige Großprojekte in Deutschland Akzeptanz, sprich: *Gehorsam*, zu erzeugen!
- Zu 5. Zu 5. Statt einer These, noch ein paar Fragen:  
Was ist vom Angebot der Grünen zu halten?  
„Wer sich über *S 21* und über die *Arroganz* der Macht der Mappus-CDU empört, hat in uns eine echte *Wahlalternative!* – Wir entscheiden dann *ganz bürgernah*, nicht nur welcher Bahnhof gebaut wird, sondern über alle Projekte, für die wir euch einspannen werden.“  
Und was von der Zusicherung der CDU?  
„Wir sichern mit *Standfestigkeit* die *Zukunft* Stuttgarts und ganz Baden-Württembergs!“  
– Fragt sich bloß: *Wer hat was* von dieser Zukunft und wer kriegt diese Standfestigkeit künftig zu spüren?

Unsere Antworten auf diese und andere Fragen über „Stuttgart 21“, den Protest dagegen und den Umgang des Staats mit ihm gibt es ab 13. Dez. herunterzuladen von [www.gegenstandpunkt.com/](http://www.gegenstandpunkt.com/) und gedruckt in GEGENSTANDPUNKT 4-10 – ab 23. Dezember im Buchhandel.